

Steuerreglement

vom 5. Dezember 2000 (Stand: 23. September 2020)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| Präambel | 1 |
| 1. Steuerhoheit..... | 3 |
| § 1 Grundlage* | 3 |
| 2. Steuerpflicht..... | 3 |
| § 2 1. Natürliche und juristische Personen | 3 |
| 3. Steuerfuss | 3 |
| § 3 1. Im Allgemeinen* | 3 |
| § 4 ...*..... | 4 |
| § 5 3. Personalsteuer | 4 |
| 4. Steuerverfahren | 4 |
| § 6 1. Steuerberechnung..... | 4 |
| § 7 2. Einsprache und Rekurs | 4 |
| § 8 3. Verwirkung | 4 |
| § 9 4. Gemeindesteuerregister | 5 |
| § 10 5. Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren | 5 |
| 5. Steuerbezug..... | 5 |
| § 11 1. Fälligkeit | 5 |
| § 12 2. Steuerbezug / Provisorischer und definitiver Bezug..... | 6 |
| § 13 3. Zahlung und Zinspflicht | 6 |
| § 14 4. Rückerstattung und Rückerstattungszins | 6 |
| § 15 5. Sicherstellung | 7 |
| § 16 6. Zahlungserleichterung | 7 |
| § 17 7. Steuererlass..... | 7 |
| 6. Schlussbestimmung | 8 |
| § 18 Inkrafttreten..... | 8 |

Präambel

Gleichstellung der Geschlechter

Sämtliche Bestimmungen und Funktionsbezeichnungen dieses Reglements gelten

- unbesehen der Formulierung - in gleicher Weise für beide Geschlechter.

Steuerreglement

vom 5. Dezember 2000 (Stand: 23. September 2020)

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Bettlach gestützt auf § 257 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985 beschliesst:

1. Steuerhoheit

§ 1 *Grundlage**

¹ Die Einwohnergemeinde Bettlach erhebt auf der Grundlage des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985 (StG) die Einkommens-, Vermögens- und Personalsteuern von den natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuern von den juristischen Personen.

2. Steuerpflicht

§ 2 *1. Natürliche und juristische Personen*

¹ Der Einwohnergemeinde Bettlach gegenüber sind die natürlichen und juristischen Personen steuerpflichtig, für welche eine steuerliche Zugehörigkeit im Sinne von §§ 8-10 und § 85 sowie § 247 des Steuergesetzes zu der Gemeinde besteht.

3. Steuerfuss

§ 3 *1. Im Allgemeinen**

¹ Die Gemeindesteuer wird in Prozenten der ganzen Staatssteuer erhoben (Steuerfuss).

² Die Gemeindeversammlung beschliesst alljährlich bei der Festsetzung des Budgets den Steuerfuss für das folgende Jahr.

³ Für die natürlichen und für die juristischen Personen kann ein unterschiedlicher Steuerfuss festgelegt werden; der Steuerfuss für juristische Personen darf vom Steuerfuss für natürliche Personen um nicht mehr als drei Zehntel der ganzen Staatssteuer abweichen.

§ 4 ...*

¹ ...*

§ 5 3. Personalsteuer

¹ Jede selbständig steuerpflichtige Person, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht in der Gemeinde aufgrund persönlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig ist, entrichtet eine Personalsteuer von 10 Franken.

² Die Personalsteuer ist im vollen Betrag geschuldet, auch wenn die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode besteht.

4. Steuerverfahren

§ 6 1. Steuerberechnung

¹ Die Gemeindesteuerverwaltung berechnet die Steuerbeträge nach diesem Reglement, ebenso allfällige Nachsteuern und Steuerbussen.

² Sie stellt den Steuerpflichtigen die Steuerrechnung zu; diese enthält den Staatssteuerbetrag, den Gemeindesteuerfuss, den Gemeindesteuerbetrag, die Personalsteuer, die Zahlungsfrist und eine Rechtsmittelbelehrung.

§ 7 2. Einsprache und Rekurs

¹ Gegen die Steuerberechnung kann die steuerpflichtige Person bei der Gemeindesteuerverwaltung innert 30 Tagen schriftlich Einsprache erheben.

² Die Einsprache kann sich nur gegen die Berechnung des Steuerbetrages richten, nicht aber gegen die Einschätzung als solche.

³ Die Gemeindesteuerverwaltung entscheidet über die Einsprache; der Entscheid wird kurz begründet und der steuerpflichtigen Person unter Angabe des Rechtsmittels schriftlich eröffnet.

⁴ Gegen den Einsprache-Entscheid kann die steuerpflichtige Person beim Kantonalen Steuergericht innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erheben. Der Rekurs muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.

§ 8 3. Verwirkung

¹ Das Recht, eine Gemeindesteuer zu berechnen, erlischt 5 Jahre nach Rechtskraft der Staatssteueranlagung, frühestens aber 5 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode (§ 254 StG).

§ 9 4. Gemeindesteuerregister

¹ Das Gemeindesteuerregister wird von der Gemeindesteuerverwaltung erstellt; es enthält nur die Endzahlen des steuerbaren Einkommens und Vermögens, die Sozialabzüge und Steuerbeträge.

² Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister können den Steuerpflichtigen sowie in ihrem schriftlichen Einverständnis Dritten gegen Gebühr ausgestellt werden; für die Dauer der ungetrennten Ehe kann jeder Ehegatte ohne Zustimmung des andern einen Auszug verlangen; die Gebühr beträgt 50 Franken pro steuerpflichtige Person und Steuerperiode. Registerauszüge stellt die Gemeindesteuerverwaltung aus.

§ 10 5. Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren

¹ Die Gemeindesteuerverwaltung vertritt die Gemeinde in Steuersachen; insbesondere ist sie befugt:

- a) im Veranlagungsverfahren Einsicht in die Akten zu nehmen (§ 121 Absatz 4 und § 123 StG);
- b)* Einsprache und Rekurs gegen Verfügungen der Veranlagungsbehörden (§ 149 Absatz 1, § 155 Absatz 3, § 160 Absatz 1 StG) sowie gegen Entscheide des Kantonalen Steueramtes (§ 251 Absatz 1 und 3 StG) zu erheben;
- c) Ansprüche auf Bestimmungen des Veranlagungsortes und auf Steuerauscheidung geltend zu machen (§ 146, § 251 Absatz 2 StG);
- d) Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister auszustellen (§ 256 Absatz 2 und § 131 StG);
- e) Veranlagungsmittelungen entgegenzunehmen (§ 148 Absatz 3 StG);
- f) Sicherstellung von Steuern zu verlangen (§ 255 Absatz 2 StG);
- g)* zum Erlass von Steuern im Veranlagungsverfahren Stellung zu nehmen (§ 182 Absatz 3 StG);
- h) über die Rückerstattung zuviel bezahlter, nicht geschuldeter Steuern und Bussen zu entscheiden (§ 183 StG);
- i)* Beschwerde gegen die Berechnung des Kostenanteils der Einwohnergemeinde durch das Kantonale Steueramt zu führen (§ 187 Absatz 4 StG).

² Stellungnahmen zu Steuererleichterungen nach § 6 Absatz 2 des Steuergesetzes gibt der gemeinderätliche Ausschuss für Gemeindeentwicklung ab.*

5. Steuerbezug

§ 11 1. Fälligkeit

¹ Die Steuern werden in der Regel in der Steuerperiode, je zu einem Viertel am 1. März, 1. Juni, 1. September und am 1. Dezember (Vorbezug) fällig. Grundlage dafür ist die letzte Veranlagung oder die Steuererklärung oder der mutmasslich

geschuldete Betrag; wird ein mutmasslich geschuldeter Betrag festgesetzt, so ist die steuerpflichtige Person vorher anzuhören.*

² Entsteht die Steuerpflicht erst in der Steuerperiode, so wird von der Bezugsbehörde ein besonderer Fälligkeitstermin festgesetzt.

³ Die Steuer gemäss Schlussrechnung wird mit deren Zustellung fällig.*

§ 12 2. Steuerbezug / Provisorischer und definitiver Bezug

¹ Die Gemeindesteuern werden von der Gemeindesteuerverwaltung bezogen.

² Nach Vornahme der Veranlagung wird die Schlussrechnung zugestellt. Provisorisch bezogene Steuern werden an die gemäss definitiver Veranlagung geschuldeten Steuern angerechnet.

³ Provisorisch bezogene Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, werden nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung jedem Ehegatten je zur Hälfte angerechnet. § 14 Absätze 3 und 4 sind sinngemäss anwendbar.*

⁴ Zu wenig bezahlte Beträge werden nachgefordert, zuviel bezahlte Beträge zurückerstattet.

⁵ Steuern, Personalsteuern und Zinsen eines Steuerjahres, die insgesamt weniger als 20 Franken betragen, werden nicht erhoben.

§ 13 3. Zahlung und Zinspflicht

¹ Die Steuern müssen innert 30 Tagen seit der Fälligkeit entrichtet werden.*

² Wird der Steuerbetrag nicht fristgerecht bezahlt, so ist er vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu den vom Gemeinderat festzusetzenden Bedingungen verzinslich.*

³ Ist bei Eintritt der Fälligkeit aus Gründen, die der Zahlungspflichtige nicht zu vertreten hat, eine Steuerrechnung noch nicht zugestellt, so beginnt die Zinspflicht 30 Tage nach deren Zustellung.*

⁴ Wird der Steuerbetrag auf Mahnung hin nicht bezahlt, so ist die Betreibung einzuleiten.*

§ 14 4. Rückerstattung und Rückerstattungszins

¹ Zuviel bezahlte, nicht geschuldete aber in Rechnung gestellte Steuern und Busen werden von Amtes wegen zurückerstattet. Zurückzuerstattende Beträge werden zu den vom Gemeinderat festzusetzenden Bedingungen verzinst. Rechtskräftig festgesetzte Beträge gelten als geschuldet.*

² Werden Steuern an Ehegatten zurückerstattet, die in tatsächlich und rechtlich ungetrennter Ehe leben, kann die Zahlung an jeden der beiden Ehegatten erfolgen.

³ Sind Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung zurückzuerstatten, erfolgt die Rückerstattung je zur Hälfte an jeden der beiden Ehegatten. Vorbehalten bleiben anderslautende Vereinbarungen der Ehegatten, welche diese der zuständigen Bezugsbehörde bekanntgegeben haben.

⁴ Weist ein Ehegatte nach, dass er nach der Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung Steuerbeträge für beide Ehegatten gemeinsam geleistet hat, werden sie an ihn zurückerstattet.*

§ 15 5. Sicherstellung

¹ Aus den in § 184 des Steuergesetzes genannten Gründen kann die Gemeindesteuerverwaltung jederzeit Sicherstellung verlangen.

² Gegen die Sicherstellungsverfügung kann die zahlungspflichtige Person innert 30 Tagen Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben. Der Rekurs hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht.*

³ Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen.

⁴ Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1) ist nicht zulässig.

§ 16 6. Zahlungserleichterung

¹ Ist die Zahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse innert der vorgeschriebenen Frist für die zahlungspflichtige Person mit einer erheblichen Härte verbunden, so kann die Gemeindesteuerverwaltung Zahlungserleichterungen gewähren. § 181 des Steuergesetzes ist anwendbar.

² ...*

§ 17 7. Steuererlass

¹ Ist die steuerpflichtige Person durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in ihrer Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet sie sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse zur grossen Härte würde, können die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen werden. Das Erlassgesuch ist mit schriftlicher Begründung und mit den nötigen Beweismitteln der Gemeindesteuerverwaltung einzureichen.*

² Zuständig ist der Finanzverwalter bis zum Betrage von 5'000 Franken im Einzelfall, der Gemeindepräsident bis zum Betrage von 20'000 Franken im Einzelfall und der Gemeinderat für Beträge über 20'000 Franken.*

³ Die steuerpflichtige Person kann gegen Entscheide des Finanzverwalters und des Gemeindepräsidenten beim Gemeinderat und gegen Entscheide des Gemeinderates beim Kantonalen Steuergericht innert 30 Tagen Rekurs erheben.*

⁴ Während des Steuererlassverfahrens werden in der Regel keine Bezugshandlungen vorgenommen.*

⁵ Auf Erlassgesuche, die nach Zustellung des Zahlungsbefehls eingereicht werden, wird nicht eingetreten.*

⁶ Die Bestimmungen der Steuerverordnung Nr. 11 über Zahlungserleichterungen, Erlass und Abschreibungen gelten sinngemäss.*

6. Schlussbestimmung

§ 18 Inkrafttreten

¹ Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch das Finanzdepartement am 1. Januar 2001 in Kraft.*

² Auf diesen Zeitpunkt sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen über die Gemeindesteuern aufgehoben, insbesondere das Steuerreglement vom 24. Juni 1986.

Einwohnergemeinde Bettlach

Der Gemeindepräsident:
Hans Kübli

Der Gemeindeschreiber:
Beat Vogt

Beschlüsse / Genehmigungen / Änderungen:

Gemeindeversammlung am 5. Dezember 2000

Gemeindeversammlung am 19. Juni 2001

Finanzdepartement am 19. Juli 2001

Gemeindeversammlung am 13. Dezember 2005

Finanzdepartement am 13. Februar 2006

Gemeindeversammlung am 11. Dezember 2007

Finanzdepartement am 21. Mai 2008

Gemeinderat am 25. August 2020

Gemeindeversammlung am 23. September 2020

Finanzdepartement am 15. Oktober 2020

*** Änderungstabelle - nach Beschluss**

| Beschluss | Inkrafttreten | Element | Änderung |
|------------|---------------|-----------------|------------------------|
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 10 Abs. 2 | eingefügt |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 1 | geändert |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 2 | eingefügt |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 3 | geändert |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 4 | geändert |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 5 | geändert |
| 19.06.2001 | 01.08.2001 | § 17 Abs. 6 | geändert |
| 13.12.2005 | 13.12.2005 | § 4 Abs. 1 | geändert |
| 13.12.2005 | 13.12.2005 | § 11 Abs. 1 | geändert |
| 13.12.2005 | 13.12.2005 | § 11 Abs. 3 | eingefügt |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 10 Abs. 1, b) | geändert |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 10 Abs. 1, g) | aufgehoben |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 10 Abs. 1, i) | geändert |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 12 Abs. 3 | geändert |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 14 Abs. 4 | eingefügt |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 15 Abs. 2 | geändert |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 16 Abs. 2 | aufgehoben |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 17 Abs. 3 | geändert |
| 11.12.2007 | 01.01.2008 | § 18 Abs. 1 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | Präambel | eingefügt |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 1 | Überschrift eingefügt |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 2 Abs. 1 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 3 | Überschrift geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 4 | Überschrift aufgehoben |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 4 Abs. 1 | aufgehoben |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 10 Abs. 1, g) | eingefügt |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 10 Abs. 2 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 13 Abs. 1 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 13 Abs. 2 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 13 Abs. 3 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 13 Abs. 4 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 14 Abs. 1 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 17 Abs. 2 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 17 Abs. 3 | geändert |
| 23.09.2020 | 01.01.2020 | § 18 Abs. 1 | geändert |